

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 33. 30. Jahrg.

17. August 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573. Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Eisenstr. 86-88¹¹¹. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Nordes 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Etwas von den Ganzschlauen! Rundschau. Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Zusatzrente für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Streiks und Aussperrungen im Jahre 1916. Internationale Gewerkschaftskonferenz. — **Allgemeines:** Unser österreichischer Bruderverband im Jahre 1916. — **Die Tapetenbranche:** Organisationsbestrebungen in der Tapetenindustrie. — **Feuilleton:** Gefährliche Nahrungs- und Genußmittel. II. — Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Etwas von den Ganzschlauen!

Ein Kollege, der seit langen Jahren eifrig für unsere Gewerkschaft arbeitet, macht in den von uns wiedergegebenen untenstehenden Ausführungen seinem gepreßten Herzen Luft. Wir nehmen davon gern Kenntnis, um zu zeigen, mit welchen Widerwärtigkeiten unsere opferwilligen Verbandskollegen am Arbeitsplatz zu kämpfen haben. Manche Mark Lohnerhöhung, manche Verbesserung in den Arbeitsverhältnissen könnte leichter erreicht werden, wenn bei den hier geschilderten Helden ein wenig mehr Taktgefühl, etwas mehr Unterordnung unter eine größere Idee vorhanden wäre. Was würden wir wohl sagen, wenn wir auf der Straße folgenden Vorgang beobachten müßten: an einem Wagen zieht vorn ein Mann, hinten aber halten drei andere denselben Wagen fest und schimpfen dabei auf den vorderen Mann ein, daß er den Wagen nicht vorwärts bringe. Ganz sicher, wir alle würden die drei hinteren Männer für verrückt halten. Und nun vergleiche man einmal die Einsendung unseres Kollegen damit und mache sich über die gewerkschaftliche Mitarbeit der darin geschilderten Ganzschlauen ein eigenes Urteil.

»Es ist von jeher eine übele Angewohnheit mancher Kollegen gewesen, daß sie in wenig einwandfreier Weise den Verband und dessen Wirken kritisiert haben. In normalen Zeiten, wo alle Geschehnisse einen ruhigen Verlauf nehmen, finden kleinliche Nörgeleien und böswillige Verleumdungen keinen besonders günstigen Boden. Ruhige Überlegung und objektive Beurteilung der Organisationstätigkeit verhindern das Umsichgreifen unsinniger Kritik und elenden Quatschs und beengen das Tätigkeitsgebiet der überschaulen Allesbesser-macher und Allesbesserwisser.

Anders ist es aber in Zeiten nervöser Aufregung und allgemeiner Unzufriedenheit, wo die Menschen für Ohrenbläserien ein offeneres Ohr haben und leichter geneigt sind, dem blödsinnigsten Gerede Glauben zu schenken. Da ist für jene Leutchen Hochkonjunktur und sie finden für ihre Geistesprodukte besseren Absatz. Das Unwahrscheinlichste, das in ruhigen Zeiten für viele den sichtbaren Mangel der Unwahrheit tragen würde, wird unbescholen als Wahrheit und feststehende Tatsache hingenommen; anstatt sich an berufenen Stellen Information und Aufklärung zu verschaffen. Man hat es hier mit einer sogenannten Modekrankheit zu tun, die durch die Kriegsverhältnisse eine größere Verbreitung gefunden hat. Ja, man kann im gewissen Sinne von einer wahren Wollust, alles herunterzureißen,

sprechen. Nichts ist ihnen heilig und alles wird mit Füßen getreten. Im Bewußtsein große Taten zu vollbringen, sind sie von der Bedeutung ihrer Persönlichkeit voll überzeugt. Mit einem Wort, es sind wirkliche Pracht-exemplare.

Eigentlich müßte man mit ihnen Mitleid haben und sie ruhig gewähren lassen, wenn die Zeiten nicht so bitter ernst wären. Durch letzteres sind wir gezwungen, uns einmal mit den Leuten zu beschäftigen, da sie bis zu einem bestimmten Grade eine Gefahr für den Verband bedeuten und dessen Fortschritt hemmen.

Sehen wir uns einmal jene Kollegen etwas näher an und prüfen wir sie auf ihre Qualität als Gewerkschaftsmitglieder. Vom Standpunkt der Organisation aus bewertet, sind sie unstreitig minderwertig, denn ihr ganzes Gebahren richtet sich gegen die Interessen des Verbandes und der Kollegen. Das Verbandsorgan zu lesen, um sich über die Vorgänge in der Organisation, im Berufsleben und auf dem Gesamtgebiete der Gewerkschaftsbewegung zu informieren, halten sie unter ihrer Würde. Anstelle einer wirklichen Arbeiterzeitung lesen sie in der Regel eine der rümlidst bekannten »unparteiischen« Tageszeitung, weil sie deren Inhalt mehr interessiert und weniger zum Nachdenken veranlaßt. Auf diese Weise bereichern sie ihr »sozialistisches« Wissen, worauf sie sehr stolz sind. Mitgliederversammlungen werden nicht besucht, weil ihnen Aufklärung nicht mehr not tut, denn sie kennen bereits die Mittel und Wege mit deren Hilfe die schwierigsten Probleme der Gewerkschaftsbewegung auf einfache Weise, und was die Hauptsache ist, ohne Schwierigkeiten gelöst werden können. Infolge allzugroßer Bescheidenheit verzichten sie darauf, in Versammlungen ihr Licht leuchten zu lassen, denn die anwesenden Kollegen verstehen ihre Ausführungen doch nicht und das hieße »Perlen vor die Säue werfen«. Aus diesem Grunde behalten sie ihre »Weisheits-Perlen« lieber für sich und beglücken damit leider um so reichlicher ihre Geschäftskollegen. Auch der Besuch von Geschäftsversammlungen ist bei ihnen nicht beliebt. Und trotzdem sie ihrer Sache ganz sicher sind, gehen sie einer Auseinandersetzung mit einem Verbandsfunktionär lieber aus dem Wege. Gewöhnlich finden die Geschäftsversammlungen an einem Tage statt, wo sie aus ganz wichtigen Gründen am Erscheinen verhindert sind. Die Kollegen dürfen aber nicht etwa denken, daß sie der Tapferkeit besseres Teil wählen. Nein, sie haben leider eben stets das verdammte Pech gerade an einem solchen Tage verhindert zu sein. Und was sie allen anderen Kollegen voraushaben ist das, daß sie, trotzdem sie nie das Verbandsorgan lesen und keine Versammlungen besuchen, doch über alles was in der Organisation oder im Berufe vorgeht, am »besten« informiert sind. Und trotzdem sie nur eine sogenannte Tageszeitung lesen, sind sie in allen wirtschaftlichen und politischen Arbeiterfragen außerordentlich gut orientiert. Bei näherer Betrachtung kann man sich der Auffassung kaum ver-

schließen, daß wir es hier mit wirklichen Universalgenies zu tun haben.

So sehen die Siebenmonatskinder aus, die euch die »reine« Wahrheit bringen wollen. In Wirklichkeit verschleien sie ihre giftigen Pfeile aus dunklem Versteck und scheuen das helle Licht des Tages. Sie schimpfen über die Dinge, die ihren Beifall nicht finden und legen nie selbst mit Hand ans Werk. Und solchen Leuten schenken viele von den Kollegen oft blindlings Glauben und plappern deren kindisches Geschwätz nach. Jene Kollegen sind Schädlinge in unseren Reihen, die durch ihr Gebahren den Fortschritt der Organisation hemmen. In normalen Zeiten konnte man solche Elemente ruhig gewähren lassen, sie wurden stets recht bald von den Kollegen als lächerliche Figuren erkannt und entsprechend bewertet. Aber in ersten Zeiten können wir uns solchen Luxus nicht erlauben. Der Verband ist für die Kollegenschaft von viel zu großer Bedeutung, als daß wir ruhig zusehen könnten, wie Berufsangehörige, Mitglieder des Verbandes bestrebt sind, bewußt oder unbewußt, den Fortschritt und die Stärkung der Organisation zu hintertreiben. Das ist die Wirkung jenes Verhaltens. Indem ich die Einrichtungen der Organisation und ihre Bestrebungen herunterreiß, gewinne ich nie und nimmer die fernstehenden Kollegen als Mitglieder.

Wie alles, was von Menschenhand geschaffen mit Fehlern behaftet ist, ist auch unser Verband durchaus nicht fehlerfrei. Es gibt eben nichts vollkommenes. Je größer der Kreis der Beteiligten, desto mehr Ansichten werden über eine Sache zu verzeichnen sein. Es allen recht zu machen, ist eine Unmöglichkeit. Viele Köpfe, viele Sinne, Pflicht der Mitglieder ist es, alle Wünsche in bezug auf Gestaltung der Berufsverhältnisse und Änderung der Verbandseinrichtungen in den Versammlungen zum Ausdruck zu bringen und sich dort für ihre Verwirklichung zu befähigen. Nur in Rede und Gegenrede und voller Würdigung der vorgetragenen Gründe und unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse, können die Meinungen über Fragen die uns berühren geklärt, bestehende Mißverständnisse und irrige Auffassungen beseitigt werden. Das ist der einzige, gangbare Weg, der uns vorwärts bringt. Die Vorstände aller Mitgliedschaften würden es mit Freude begrüßen, wenn alle Mitglieder, alles was sie bedrückt, in den Zusammenkünften der Kollegen zur Sprache bringen würden. Eine offene Aussprache ist hundert Mal zweckdienlicher, als im Geheimen zu raisonnieren und angeblidte Geschehnisse zu verbreiten, die den wirklichen Tatsachen nicht entsprechen.

Wir sind eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation und jedes Mitglied hat das unbestrittene Recht — aber auch die Pflicht — das, was es zu sagen hat, dort zum Ausdruck zu bringen, wo es der Gesamtheit der Kollegen zugänglich gemacht werden kann. Der Ernst der Zeit erfordert offenes und ehrliches Handeln. Wir müssen bestrebt

sein, die Nichtorganisierten für unsere Bestrebungen und den Verband zu gewinnen, und die Lauen an ihn zu fesseln und dürfen sie nicht abstoßen. Wenn das geschehen würde, würden wir den Ast absägen, auf dem wir sitzen, und hätten nach jeder Richtung hin großen Schaden zu erleiden.

Bis zum Ausbruch des Krieges war der Verband für die Kollegen eine starke Rückenbedeckung in allen Lebenslagen und während des Krieges haben wir alles getan, den Bestand der Organisation zu sichern, was uns auch gelungen ist. Und der Verband wird auch nach dem Kriege das sein, was die Kollegen von ihm wüchsen und erhoffen. Aber er wird es nur sein, wenn wir gemeinsam alle Kräfte anspannen ihn zu stärken und nicht durch die gekennzeichnete Handlungsweise schwächen.

Rundschau.

Die Unproduktiven. Wir sehen die Rennplätze und Vergnügungsorte einer Großstadt angefüllt von gutgewachsenen, selbstbewußten jungen Männern, die in einer Stunde für ein Pferd oder eine Tänzerin mehr Geld ausgeben, als ein armer Student, ein Dichter oder Musiker für den Lebensunterhalt eines Jahres ersehnt; ihre Ansprüche an die Leistung des Landes übersteigen den Aufwand eines Ministerpräsidenten und Kanzlers. Die Gegenleistung besteht in Genuß und Repräsentation. Nach Maßgabe seiner Gesinnung und Interessen behandelt sie ein jeder mit Höflichkeit, Achtung, Unterwürfigkeit, und sie antworten korrekt, leutselig, herablassend. Sie halten es für selbstverständlich, daß der junge Gelehrte oder Kaufmann bescheiden ihnen Platz macht, wo sie als Spendende oder Bestellende auftreten; das Volkswußtsein findet ihr Auftreten gelegentlich anmaßend, ihre Untätigkeit bedauerlich, sieht aber in der bevorzugten Lage etwas Unabänderliches, den Ausdruck eines gebilligten Herkommens von erblichem Glanz und erblicher Macht. Hart beurteilt wird die Dirne, die von einem reichen und alternden Manne als Witwe hinterlassen, sich in fürstlichem Aufwand gefällt. Man wirft ihr die Herkunft vor, bestreitet ihr aber nicht das Recht, die Einkünfte einer Herrschaft zu verpassen, denn sie verfügt über ihr Erbe. Ein industrieller Machtbesitz geht auf einen mündigen, aber unfähigen Sohn über. Generaldirektoren machen ihm submissive Berichte, suchen sich seinen Liebhabereien anzupassen, erbitten Gehaltserhöhungen und Vollmachten; eine Schar ergrauter Werkleiter scharft sich um den Wagenschlag des Herrn. Ein wohlhabender Mann stirbt, hinterläßt eine Frau und vier Kinder. Alle fünf beschließen von ihren Renten zu leben; die Kinder heiraten Männer und Frauen, die in gleicher Lage sind, und der Staat ist um vier Familienstämme bereichert, die ein Jahrhundert lang nichts geschaffen, außer, daß gelegentlich ein Nadikömm Kunstgeschichte oder Diplomatie studiert. Wieviel gesunde Männer unter sechzig Jahren leben in einem zivilisierten Lande von ihren Renten? Wieviel junge Männer begründen ihre Existenz auf die Ehe mit einer Erbin? Wieviel unproduktive Familien hat ein Land von Geschlecht zu Geschlecht zu ernähren? — Aus Walther Rathenau: »Von kommenden Dingen«, Berlin, S. Fischer.

Preiserhöhung für Chromopostkarten. Der Teuerungszusatz beträgt für glatte und geprägte Karten 40 v. H. gegen bisher 10 v. H. für Karten mit Gold oder Silber 52 Mk. (40 Mk.), für zurückgesetzte Karten 36 Mk. (26 Mk.) fürs Tausend.

Ein treffender Vergleich! Kollege A. B. sandte unserer schweizerischen Bruderzeitung »Der Senefelder« folgende Zeilen: »An die Adresse der Prinzipale. Lese ich da in der Zeitung, daß der bernische Rennverein dies Jahr kein Wettrennen veranstalten wolle, da die Pferde infolge Futtermangels unterernährt seien und daher keine Glanzleistungen aufweisen würden. — Das wird nun jeder Mensch begreifen. Ganz das Gegenteil wird aber vom Arbeiter verlangt. Der soll zuerst Kraftleistungen vollbringen und dann verspricht man ihm mehr Lohn zu seiner bessern Ernährung. Wie es bei dem Rennen nichts nützen würde, den schlechtgenährten Gäulen vorher einen Sack Hafer zu zeigen, weil ihnen die magern und enträffelten Schenkel einfach den Dienst versagen, genau so geht's dem Arbeiter bei seiner Arbeit. Ist er unterernährt und sonst noch von allen möglichen Sorgen gedrückt, so wird er zwar auch arbeiten, aber nicht die volle Energie und vor keinen Schwierigkeiten zurückschreckende Kraft und Ausdauer entfalten, die einem gesunden Manne eigen sind. Einer Maschine sieht man auch an, ob sie gut unterhalten wird, und an Stelle des Schmieröls läßt sich nicht Wasser gebrauchen. Ich schreibe dies, um der leidlichen Klage entgegenzutreten, die man von Prinzipalseite immer hört, es gebe keine tüchtigen und fleißigen Arbeiter mehr. Also erst bessere Speisung, dann folgt die Kraftentfaltung.«

Jubiläum im Steinseizerverbande. Am 1. und 2. August 1892 fand in Stettin der 3. Verbandstag des Zentralverbandes der vereinigten Stein-

setzergesellen in Deutschland statt, einer Organisation, deren Aufgabe die »Pfleger eines geregelten Gesellenwesens«, das heißt Zutrittswesens war. Nur ganz schüchtern wagten es um diese Zeit einzelne wenige Steinsetzer mit gewerkschaftlichen Ansichten hervorzutreten. Das hat aber nicht zu hindern vermocht, daß im Jahre 1892 die freigewerkschaftliche Strömung endlich auf dem Verbandstag in Stettin sich durchsetzen konnte. So wurde dieser Verbandstag zugleich der erste des heutigen Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands. Nahezu ein ganzes Jahrzehnt dauerte es noch, ehe die Zünftlerei auch innerlich als überwunden angesehen werden konnte. Dann aber ging es mit Riesenschritten vorwärts und aufwärts. Die Löhne haben in dieser Zeit eine Erhöhung um 100 bis 150 Proz. erfahren, ja in den jüngeren Organisationsgebieten beträgt sie bis zu 200 Proz., da diese bei ihrer Erschließung sprunghaft nachgekommen sind. Besonders aber auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes hat der Verband die allerschwersten Proben bestanden. Es hat Zeiten gegeben, in denen mehr als ein Drittel seines gesamten Mitgliederbestandes monatlang in Streiks und namentlich in Aussperrungen verwickelt waren, bei denen Unternehmer und Behörden — als Auftraggeber! — in trauester Harmonie gegen den Verband gekämpft haben. Doch alles das hat den Verband an seinem Aufstieg nicht zu hindern vermocht; gemessen an der Zahl der Berufsangehörigen, ist er eine der stärksten Organisationen in Deutschland geworden. Gleichzeitig mit dem Verbands kann auch der Vorsitzende des Verbandes, der Genosse Alexander Knoll, an diesem Tage auf eine 25 jährige Tätigkeit, zugleich auch als Redakteur des Fachorgans, zurückblicken.

Kühnemann gestorben. Im Alter von 77 Jahren verstarb der bekannte Industrielle, Kommerzienrat Fritz Kühnemann, in Berlin. Kühnemann war der Begründer des Verbandes der Berliner Metallindustriellen. Sein Name bedeutet ein System, und zwar das des vollkommenen Scharfmachertums. Von ihnen ging der Plan der schwarzen Listen aus. Wie rückständig die Kühnemänner in ihren Ansichten waren, erhellt allein die Tatsache, daß ihr Verband seinerzeit den Beschluß faßte, daß die zehnstündige Arbeitszeit in allen Berliner Betrieben wieder eingeführt werden müßte, weil einige Betriebe nur 9½ Stunden arbeiteten. Wegen all dieser scharfmacherischen Allüren waren die Berliner Metallindustriellen im allgemeinen unter dem Namen die »Kühnemänner« als rücksichtsloseste Unternehmer bekannt. Doch alle ihre Krampfhaften Versuche, besonders in Berlin die Organisation der Metallarbeiter aufzuhalten oder gar zu vernichten, zerschellten an dem von Jahr zu Jahr erstarkenden Organisationsgedanken der Metallarbeiter, der die Arbeiter zum eisernen Prellbock zusammenschweißte.

Eine Unternehmerklage. In einem Artikel: »Zur Arbeiterbewegung im Kriege« jammert die »Deutsche Arbeitgeberzeitung: »Unverkennbar ist den Gewerkschaften in letzter Zeit der Kamm stark geschwollen. Die fortschreitende Demokratisierung, die Haltung des Reichstages in den Fragen des preußischen Wahlrechtes, der Parliamentsausschüsse, der sozialdemokratischen Kriegszieleklärung muß naturgemäß bei den organisierten Arbeitern eine übermäßige Vorstellung von ihrer Macht hervorrufen. Dazu kommt die erhebliche Besserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere in der gesamten Rüstungsindustrie, und der Zuwachs, den gerade in letzter Zeit die schon stark geschwächten Gewerkschaften wieder erfuhr, weil eine beträchtliche Menge von Fachleuten aus dem Felde zurückgerufen worden sind.«

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

In der Zeit vom 24. bis 26. Juli fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die wiederum eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Der Geschäftsbericht der Generalkommission, den Legien erstattete, erstreckte sich auf die Unterstützung der Arbeitersekretariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Rüstungsarbeiterstreiks und die Stellungnahme der Generalkommission dazu, über den Beitritt der letzteren zum »Roten Kreuz«, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierverbrauchs das Interesse der Gewerkschaftspresse berührte. Einen vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes gegen die Haltung der Generalkommission gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften getroffene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion kenne.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Konferenzprotokolle nur im Auszuge durch Wiedergabe der Beschlüsse mit entsprechenden Kommentaren zu veröffentlichen. Ein Antrag, eine Studien-

kommission für Übergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzusetzen, wurde der Generalkommission zur Prüfung der hierzu notwendigen Einrichtungen, Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommission mit der zuständigen Reichsleitung für Übergangswirtschaft über die Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörperschaften (Industrie und Gewerbegruppen) verhandeln. Die Notwendigkeit einer Neuregelung der Gehälter der Angestellten der Generalkommission wurde allseitig anerkannt und ein Ausschuß mit den Vorarbeiten hierfür betraut, dessen Vorschläge später einstimmig angenommen wurden. Der Antrag des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Bauer berichtete über Hilfsdienstfragen. Besonders befremdeten die Mitteilungen des Redners über die Aufhebung des Versammlungsrechts durch die Kommandobehörde des schlesischen Armeebereichs aus Anlaß von wilden Bergarbeiterstreiks, die mit dem Hilfsdienstgesetz nicht zu vereinbaren ist. Hierzu wurde beschlossen:

»Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erhebt gegen die von den stellvertretenden Generalkommandos des I. und IV. Armeekorpsbezirks erlassenen Verordnungen über die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts entschieden Protest.

Durch jene Verordnungen wird den gewerkschaftlichen Organisationen die Erfüllung ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, unmöglich gemacht. Die Verordnungen verstößen gegen den § 14 des Gesetzes betr. den vaterländischen Hilfsdienst und sind nicht zu vereinbaren mit den mehrfach von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, wonach den Gewerkschaften auch unter dem Belagerungszustand weitestgehende Bewegungsfreiheit zugesichert werden soll.

Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, schleunigst mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung jener Verordnungen herbeizuführen. Sie erklärt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes unbedingt notwendig ist, damit endlich das gesetzlich garantierte Vereins- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausgeübt werden kann.

Ferner wurde gegen einen Erlaß des Kriegsamts, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstrebung höherer Löhne behindert, Einspruch erhoben und die Generalkommission beauftragt, mit dem Kriegsamt über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von R. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Herabsetzung der Brotration eingetretenen Phasen in der Volksernährung, wobei er der Überzeugung Ausdruck gab, daß der Brotgetreide- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die Verfütterung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh verursacht sei. Ein Beschluß wurde zu diesem Teile des Geschäftsberichts nicht gefaßt.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm; die Verständigung der Arbeiterparteien aller Länder herbeizuführen sollte. Die Generalkommission hat zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgesehene Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch bei den ausländischen Arbeiterparteien Verständnis für die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Von einigen Rednern wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorstandskonferenz zur Beschlußfassung unterbreiten möge. Mit der Haltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommission wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu beschicken. Einstimmig beschloß die Konferenz folgende Zustimmung zur Friedenskundgebung des Deutschen Reichstags:

»Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat.

In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Interesse die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einmütige Zustimmung; die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Daran schloß sich die Stellungnahme der Konferenz zu der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, die die schweizerische Landeszentrale der Gewerkschaften im Auftrag der Stockholmer Konferenz vom 8. Juni d. J. einberufen hat. Die Vorstandskonferenz beschloß, die Berner Konferenz durch zehn Vertreter zu beschicken. Dieser Konferenz soll eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen unterbreitet werden, die im Friedensvertrag bei Abschluß des Krieges Aufnahme finden sollen. In der Diskussion wurde eine anderweitige Redaktion einzelner Forderungen sowie deren Ergänzungen gewünscht. Die deutsche Delegation wurde ermächtigt sich darüber vor der Berner Konferenz schlüssig zu werden. Die Konferenz

wählte 7 Delegierte sowie Ersatzmänner für diese und ermächtigte die Generalkommission, 3 Delegierte zu entsenden.

Zur Stellungnahme zur Organisation der Kriegsteilnehmer wurde die Vorstandskonferenz veranlaßt durch die Gründung eines Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten aus Kreisen, die der modernen Arbeiterbewegung nahe stehen. Die Vorstandskonferenz entschied sich für folgenden Beschluß:

»Da der »Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer« durch Maßnahmen der entscheidenden Behörden entgegen seinem Willen zunächst zu einer Organisation der Kriegsbeschädigten geworden ist, gilt für ihn das gleiche, was von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden gegenüber dem »Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich in Essen-Ruhr« in der Kundgebung vom 3. April 1917 gesagt worden ist. Die Konferenz der Vorstandsvertreter kann Stellung zu dem »Bund« erst nehmen, wenn dieser unbeflüßelt durch Eingriffe der Behörden die Erfüllung seiner ursprünglichen Aufgabe, die Kriegsteilnehmer zu vereinigen, wird in Angriff nehmen können.«

Im Weiteren stimmte die Konferenz dem Anschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen deutschen Chorsängerverbandes an die Generalkommission zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband darf zur Zahlung von Streikbeiträgen nicht herangezogen werden, er ist, nachdem die ihm seither bereiteten Schwierigkeiten durch Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen und mit dem Deutschen Reichskanzler aus dem Weg geräumt werden konnten, bereits zu einer erfreulichen Stärke herangewachsen und in bester Entwicklung begriffen. Der Allgemeine deutsche Chorsängerverband (Sitz Mannheim) umfaßt etwa 2300 Mitglieder.

Ferner stimmte die Konferenz dem Beitritt der Generalkommission zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur zu.

Zur Frage der innerpolitischen Neuorientierung nahm die Konferenz folgende Entschliebung an:

»Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralvorstände vertritt in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Reich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung zugesagten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen. Insbesondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verwüstenden Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgesetzgebung führt, die der deutschen Arbeiterschaft die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben, sowie den sozialen Aufstieg zur ungemindert Teilhabe an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.«

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Generalkommission beauftragt, die Wirkungen des Übertrittsverbots (Mitgliederübernahme aus anderen Gewerkschaften) während des Krieges zu prüfen und die Frage der Aufhebung jenes Verbots auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandskonferenz zu setzen.

Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Der Rechtsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge beweist jetzt durch die Tat, daß er einen Rechtsanspruch auf ausreichende Renten für richtiger als sehr fragwürdige Wohltaten hält.

Er hat jetzt, und zwar, wie er sagt, nach eingehenden Beratungen mit Vertretern der verschiedenen Berufe und Reichstagsparteien Vorschläge ausgearbeitet über die Gewährung von Zusatzrenten, die allen Kriegsbeschädigten gezahlt werden sollen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als 25 Proz. beschränkt sind. Sie sollen dadurch in der sozialen Schicht, die sie vor dem Kriege angehörten, erhalten werden. Die Zusatzrente soll so bemessen werden, daß der Kriegsbeschädigte unter Hinzurechnung seiner militärischen Rentenbezüge und des Arbeitseinkommens, das er mit der ihm verbliebenen Erwerbsfähigkeit verdienen kann, sowie seines sonstigen 100 Mk. übersteigenden Einkommens, ungefähr den Betrag seines früheren Arbeitsverdienstes erhält.

Um dies durchzuführen, sollen für die Kriegsbeschädigten Stufen gebildet werden, denen sie unter Berücksichtigung ihres Berufs und ihres Arbeitseinkommens vor dem Kriege zuzuteilen sind. Einer höheren Stufe können diejenigen eingereiht werden, die kein oder ein geringes Einkommen hatten, weil ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen war oder sie erst im Beginn ihrer Berufstätigkeit stehen. Der höchste Durchschnittssatz soll 5000 Mk. betragen. Vorgeschlagen wird ferner, für die Ehefrau und die unter 18 Jahre alten Kinder prozentuale Zuschläge zu gewähren.

Eine neue Festsetzung der Zusatzrente wegen Erhöhung oder Minderung des Einkommens soll nur bei wesentlichen Änderungen erfolgen. Die erste Festsetzung soll durch Ausschüsse der Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge erfolgen.

Ein Streit darüber, daß der jetzige Grundsatz des Mannschaftsversorgungsgesetzes, nach dem die Renten nur nach dem militärischen Dienstgrad abgestuft werden, aufrecht erhalten bleiben soll, wird wohl kaum entstehen. Er schließt zu große Ungerechtigkeiten in sich ein, als daß er dauernd bestehen bleiben könnte. Auch der Unterschied zwischen Dienstbeschädigung und Kriegsdienstbeschädigung, den der Arbeiterschuß gleichfalls nicht machen will, kann nicht beibehalten werden. Es ist aber auch an manchem anderen Punkt die kritische Sonde zu legen. Welche Ungerechtigkeiten entstehen z. B. aus der Gewährung der Verstümmelungszulage. Wer einen Fuß verliert, bekommt die Verstümmelungszulage, obgleich er unter Umständen seinen früheren Beruf wieder aufnehmen kann; wer durch ein anderes Leiden, Lungenleiden, Nervenleiden oder dergleichen ganz erwerbsunfähig wird, muß sich nur mit der Rente behelfen. Das sind unhaltbare Vorschriften, die nur zustande kamen, weil der Gedanke, daß Verstümmelungen als Hauptschäden aufzutreten würden, dabei zugrunde gelegt wurde. Es zeigt sich aber, daß andere Leiden in mindestens ebenso starken Umfang beachtet werden müssen. Nun würde zwar, wenn der Vorschlag des Arbeitsausschusses angenommen würde, auch hier ein Ausgleich erfolgen, aber warum denn das Mannschaftsversorgungsgesetz nicht von Grund auf reformieren? »Vorwärts.«

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1916.

Die amtliche Statistik der Streiks und Aussperrungen des Jahres 1916 ist soeben als Band 232 der Statistik des Deutschen Reiches erschienen. Wenn auch die offizielle Streikstatistik auf wesentlich anderen Grundlagen beruht als die gewerkschaftliche, und daher auch stets zu anderen Resultaten führt, so verdienen ihre Resultate doch Beachtung, da sie ja zum mindesten die Entwicklung der Bewegung im Vergleich zu den Vorjahren richtig widerspiegelt.

Das Jahr 1916 hat wieder eine Zunahme der Arbeitskämpfe gebracht, nachdem diese mit Kriegsbeginn außerordentlich eingeschränkt waren. Es wurden in ihm 340 Streiks mit 124 183 Beteiligten gezählt, darunter 225 Angriffs- und 15 Abwehrstreiks. Aussperrungen fanden keine statt. Dagegen hatten die fünf Kriegsmo-nate 1914 26 Streiks mit 2084 Beteiligten und das Jahr 1915 137 Streiks mit 4 Aussperrungen mit 124 188 Beteiligten aufzuweisen. Freilich war auch im letzten Jahre die Friedensziffer noch nicht annähernd erreicht, da im Jahre 1913 2127 Streiks und 337 Aussperrungen mit 311 048 beteiligten Personen amtlich gezählt wurden.

Tatsächlich lagen aber die Verhältnisse im abgelaufenen Jahre bedeutend günstiger, als es bei einem Vergleich der beteiligten Personen scheinen könnte. Der wirkliche Umfang der Arbeitskämpfe wird gekennzeichnet durch die Zahl der verlorenen Arbeitstage, die das Produkt aus der Anzahl der beteiligten Arbeiter und der Arbeitskämpfe in Tagen bei den einzelnen Streitigkeiten darstellt. Im Jahre 1913 wurden 11 190 495 Tage durch Arbeitsstreitigkeiten verloren; 1914 sank die Summe auf 2 843 895, im ersten vollen Kriegsjahr 1915 auf 455 111 um im letzten wieder auf 245 401, d. i. etwa der 40. Teil der Friedensziffer, zu steigen.

Den größten Umfang hatten die Arbeitskämpfe in der Gewerbe-guppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., also derjenigen Gruppe, die im wesentlichen die Kriegsindustrie umfaßt. Auf sie entfielen 65 081 oder 52,4 Proz., das ist mehr als die Hälfte aller überhaupt Streikenden. Es folgt die Gruppe Bergbau mit 44 166 oder 35,6 Proz. der Streikenden, sodas also diese beiden Gruppen allein 88 Proz. aller Beteiligten umfassen. Die übrigen Gruppen waren alle nur mit kleineren Ziffern beteiligt.

Was den Ausgang der Arbeitskämpfe anbelangt, so war dieser nach der amtlichen Darstellung, die aber in dieser Beziehung mit Vorsicht aufzunehmen ist, ein ungünstiger. Nur 2,4 Proz. der Streikenden hatten einen vollen Erfolg; 55,1 Proz. mußten sich mit einem teilweisen Erfolg begnügen, während 42,5 Proz. überhaupt erfolglos gekämpft hatten. Im vorhergehenden Jahre waren die Verhältniszahlen 12,0, 51,7 und 36,3 Proz., also wesentlich günstiger. Die Mehrzahl der Kämpfe wurde natürlich um Erhöhung der Löhne geführt.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes beruft, gemäß der von der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm (Juni 1917) beschlossenen Einladung eine internationale Gewerkschaftskonferenz zum 1. Oktober 1917 nach Bern ein. In dem Einladungsschreiben wird gesagt, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften aller Länder mehr denn je geboten erscheint. Die Tagesordnung lautet:

1. Konstitution und Sitz des I. G. B.;
2. die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß.

Dazu wird noch erklärt: »Die Behandlung der politischen Fragen ist ausgeschlossen. Jedes Land kann bis zu 10 Delegierte entsenden, doch hat jedes Land nur eine Stimme. In welcher Weise der erste Punkt der Tagesordnung erledigt wird, wissen wir nicht. Zur allgemeinen Orientierung gestatten wir uns aber, kurz anzudeuten, wie — nach mühevolem Bericht — die Confédération générale du Travail über die Sache denkt. Der Sitz des I. G. B. soll nach einem neutralen Land verlegt werden.« — Dann wird darauf hingewiesen, daß es gelte zum Leedser Programm und dem des Intern. Gew.-Bundes Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme zum Frieden sei von weittragender Bedeutung: »Daß es unbedingt notwendig ist, die Arbeiterschaft in allen Ländern mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß je imposanter die Konferenz sich gestaltet, je einmütiger der Wille des Proletariats der Kulturwelt dort zum Ausdruck kommt, um so energischer auch die Arbeitermassen hinter dem Programm stehen werden.« — Die Generalkommission der Gewerkschaften hat die Einladung angenommen und in Gemeinschaft mit der Vorstandskonferenz die deutschen Vertreter bestimmt.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Der österreichische Bruderverband im Jahre 1916.

Auch der österreichische Bruderverband vermag in seinem Jahresrückblick keine erfreulichen Darstellungen zu geben. Die Kriegsergebnisse machen sich immer fühlbarer geltend, besonders in dem Rückgang der Mitgliederzahl. Derselbe ist gegenüber dem Bestand vor Ausbruch des Krieges von 3275 im Jahre 1916 auf 1476 gesunken. Davon sind 776 Gehilfen, 246 Hilfsarbeiter und 454 Hilfsarbeiterinnen. Der Rückgang ist im Berichtsjahr immerhin schon merklich geringer als in den zwei ersten Kriegsjahren und wird hoffentlich ganz zum Stillstand gekommen sein. Einige Ortsgruppen mußten ihre Tätigkeit einstellen; mehr als hundert Kollegen sind bereits im Kriege gefallen, 27 Mitglieder starben in der Heimat. Als Kriegsoffer beklagt der Zentralausschuß einen seiner tüchtigsten Funktionäre, den Lithograph Karl Schuldner, der seine ganze Lebensaufgabe der gewerkschaftlichen Arbeit für seine Mitkollegen widmete.

Der Bericht sagt, daß sich die ganze Tätigkeit des Verbandes noch mehr als im vorhergehenden Jahre nur auf die Erhöhung des Einkommens der Mitglieder gerichtet habe. Leider seien aber die Ratschläge des Zentralausschusses, in welcher Form der Selbsthilfe die Mitglieder am ehesten zu einem guten Resultat gelangen können, nicht überall auf das richtige Verständnis gestoßen. In Wien lief der Tarifvertrag der Chemigraphen im Monat Februar ab. Derselbe wurde dann bis 6 Monate nach Kriegsende verlängert. Ebenso wurde der Tarifvertrag der Notenstecher verlängert. Im Berichtsjahre hätte auch die alle drei Jahre fällige Verbandsgeneralversammlung (Delegiertenversammlung) stattfinden sollen, wurde aber von der Zentralkommission ebenfalls bis kurz nach Beendigung des Krieges verschoben. Der Berichterstatter führt im Anschluß an diese Mitteilung aus, daß diese Generalversammlung unbedingt eine Reform der verschiedenen Unterstützungsregulative vornehmen müsse, um verschiedene, mit dem Geist einer gewerkschaftlichen Kampforganisation wenig übereinstimmende Unterstützungsbedingungen, die von allzu großer Humanität strotzen, aber der Allgemeinheit der Mitglieder nie zustatten kommen, auszuschneiden. Der Zentralausschuß wendet jetzt große Aufmerksamkeit der Demobilisation zu, denn der Wiederaufbau der Tarifverträge und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bei Vermeidung jeder Löhndrückerei für die heimkehrenden Kollegen, erfordert eine eminente Arbeit.

In finanzieller Beziehung erzielte der österreichische Bruderverband im Jahre 1916 folgendes Ergebnis: Der Jahreseinnahme von 99,899 Kr. stehen 100,531 Kr. Gesamtausgaben gegenüber. Von den Ausgaben entfallen auf: Arbeitslosenunterstützung 4750 Kr.; Reise und Umzug 318 Kr.; Krankenunterstützung 14,359 Kr.; Invalidenunterstützung 35,698 Kr.; Todesfallunterstützung 3870 Kr.; Waisenunterstützung 4686 Kr. und auf anderweitige Unterstützungen 1880 Kr. sowie auf Verwaltung 20,896 Kr. Der Vermögensbestand betrug auf Ende 1916 275,151 Kr. In die auffallend hohe Summe der ausbezahlten Invaliden- und Waisenunterstützung teilten sich 66 invalide Kollegen und 64 Waisen.

Der Arbeitsnachweis vermittelte bei 195 Anmeldungen 191 Stellen. Wir schließen uns dem Wunsche des Berichterstatters aus vollem Herzen an, wenn er am Schlusse schreibt: »Die anormalen Verhältnisse werden wieder verschwinden, die Beschäftigung wieder voll und ganz einsetzen und es muß das Bestreben

jedes einzelnen dahin gehen, der Organisation, zu der er beruflich verpflichtet ist, eine bessere und festere Grundlage zu geben. So im Vertrauen auf die innere Stärke der Organisation geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen muß, den Stand des österreichischen Senefelderbundes wieder auf die Basis der lange entschwundenen Friedensjahre zu bringen.

Die Tapetenbranche.

Organisationsbestrebungen in der Tapetenindustrie.

Unter diesem Titel schreibt G. St. in der Zeitung des Fabrikarbeiterverbandes »Der Proletarier«: »Die Unternehmer in der Tapetenindustrie waren von jeher streitbare Geister. Schon vor dem Kriege führten sie heftige Fehden untereinander. Auf der einen Seite kämpften die organisierten Fabrikanten gemeinsam mit den Verbandshändlern gegen ihre abseits stehenden Berufskollegen. An deren Ausdrücken wurde bei diesen Wortgefechten nicht gespart. Nur dann waren sie einig, wenn es galt, gegen die Forderungen ihrer Arbeiter Stellung zu nehmen. Modien die Ansprüche der Arbeiter noch so berechtigt und geringfügig sein, bei den Unternehmern fanden sie keine Anerkennung. Brutal wurden jene Arbeiter rücksichtslos auf das Straßengäßchen gesetzt, die es wagten, für den Zusammenschluß ihrer Berufskollegen in den gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten. Selbst den Betrieben fernstehende Arbeiter, die versuchten, die Tapetenarbeiter für den Verband zu gewinnen, wurden rücksichtslos verfolgt. Allzuoft wurden unsere Kollegen mit Strafmandaten bedacht, weil sie das Verbrechen begangen hatten, vor den Buden der Tapetengewaltigen Einladungszeitel zu Betriebsversammlungen oder sonstigen Flugschriften zu verbreiten. Bei dieser Treibjagd nach den Ruhestörern standen die kommerzierrätlichen Unternehmerverbandsstrategen an der Spitze, ihnen nachzueifern, sahen die großen Quitsiderfabrikanten als ihre edelste Aufgabe an.

Leider waren bisher diese Zerschmetterungsmanöver der Unternehmer von Erfolg begleitet, weil die Tapetenarbeiter den Mut nicht aufbrachten, der geeignet gewesen wäre, die Unternehmer in ihre Schranken zu weisen. Berufsdünkel und Kleinigkeitskrämerei hielten die Tapetenarbeiter ab, gemeinsam für ihre wirtschaftlichen Interessen einzutreten. Anstatt sich in großen leistungsfähigen Arbeiterorganisationen eine Waffe im wirtschaftlichen Kampfe zu schaffen, vereinigten sich die Tapetenarbeiter in einer kleinen und finanziell schwachen Berufsorganisation und überließen ihre Mitarbeiter ruhig ihrem Schicksal. Die lachenden Erben dieser Uneinigkeit der Tapetenarbeiter waren die Unternehmer. Selbst während der Kriegszeit haben die Tapetenarbeiter den Mut noch nicht gefunden, die fortwährenden Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel durch entsprechende Lohnforderungen auszugleichen.

Feuilleton.

Gefälschte Nahrungs- und Genußmittel.

II.
Das traurigste Spiel wird allerdings mit den Fleischersatz- und Suppenwürfeln getrieben. Zu welchen gut klingenden Namen es das Kochsalz im Kriege gebracht hat, spottet jeder Beschreibung. In Wirklichkeit ist der Suppenwürfel heute weiter nichts als Salz. Wenn sich ja etwas Pflanzenfaserstoff darin befindet, dann nur zu dem Zweck, damit das gefärbte Salz zu einem Würfel gepreßt werden kann und Kräutergeruch bekommt. Von Fett keine Spur, Wert hat das Zeug fast keinen, in einer Hand voll Wildgemüse ist sicher meist mehr Nährwert als in zehn Bouillonwürfeln. Das gilt in gleicher Weise von den dänischen und hol-

ländischen, wie von den deutschen Erzeugnissen »Hühnerbouillonersatz« heißt es zur Vorsicht auf dem gedruckten Umschlag. Der Zentner Kochsalz, der heute mit 8,50 Mk. bis 9 Mk. bezahlt wird, bringt es in der Form des Bouillonwürfels auf einen Preis von 3000 bis 4000 Mk. —

Der »Fleischersatz« ist nicht besser. Früher konnte man noch unter diesem Namen »Soyama« einhandeln. Heute ist dieses ausländische Produkt ganz verschwunden, nur sein Name spukt noch in den Ersatzmitteln in allerlei Abwandlungen umher. Was man als Fleischersatz bekommt, ist in der Regel weiter nichts als Rückstände minderwertigster Art.

Betrachten wir uns das »Eipulver«, das mit dem Ei nur die gelbe Farbe gemein hat. Farben erzeugen wir in Deutschland bekanntlich immer noch genügend, die chemischen Fabriken haben daran keinen Mangel. Unsere Hausfrauen lassen sich, wie beim Öl von der Farbe, so auch beim Eipulver von der bekannten gelben Tönung verführen, ihre sauererdierten Groschen für solches Ersatzmittel auszugeben, das keinerlei Nährwert hat, vielleicht geradezu schädlich ist.

»Bakol«, der Stolz jeder Hausfrau, »Bakan«, »Bakaus«. Ohne Butter, Eier und Fett den schönsten Kuchen. . . Wer da nicht zugreift, müßte ja blöd sein. Schnell in den Laden, ehe der knappe Vorrat ausverkauft ist. In der Tüte hält man dann ein undefinierbares Etwas mit einem Zettel, auf dem zu lesen steht, man müsse Graupen oder Mais mahlen, oder so etwas ähnliches, das Pulver vermischen, und der Kuchen sei fertig. Es stellt sich heraus, daß das Zeug ein ganz gewöhnliches Backpulver ist, das weder Geruch noch Geschmack, sondern nur die beliebte gelbe Farbe und einen unverschämten Preis hat.

Auch die Wurst wird gefälscht. Wurst war schon immer Vertrauenssache, jetzt wird sie öfters zu einem Mißtrauensvotum. Wenn du meinst, es ist Speck, so ist es Haarwuchs oder ein Stück von der Gurgel oder sonst ein weißes Stück ungenießbarer Abfall. Die Mannigfalt, worunter man den Blättermaggen versteht, wird heute als Kutteln verarbeitet usw. Leider hat daran auch die Eigenregie der Städte nicht viel geändert, auch dort wird die Wurst die reine Rätselkugel.

An Stelle richtigen Mehls wird Holzmehl gemischt. Die Sache mit den Kölner Bäckermeistern ist allen in guter Erinnerung. Aber nicht nur im heiligen Köln hat man solchen unheiligen Handel getrieben, auch im Süddeutschen hat diese feine Ware viele Kunden gefunden. Das ersparte Mehl alten Stils wird dafür als teure Auslandware das Pfund zu 2,80 Mk. an Konditoreien abgegeben.

Eine recht gemischte Gesellschaft ist das Kriegsmus. Was da alles hineingearbeitet wird, das wissen die Götter. Man wendet sich entsetzt von dem Topf ab, den man jeden Morgen daraufhin ansieht, ob er nicht Grünspahn angesetzt hat. Vielleicht findet sich mal ein Lustspielichter, der dieses Kriegsmus verarbeitet, vorläufig ist es noch ein Trauerspiel. Wenn wieder solcher Brotaufstrich ausgegeben wird, ist es am besten, die Reichsstelle liefert gleich die emaillierten Mägen mit, der natürliche wird kaum im Stande sein, noch einen vierten Kriegsmuswinter mitzunehmen. Das Kriegsmus gehört geradezu in das Kapitel der vorsätzlichen Körperverletzung. — Mag es für heute genug sein. Wir haben sehr wenig zu essen, aber daß das wenige auch noch verunzirt wird, das braucht nicht zu sein. — Zu Beginn des vierten Kriegsjahres lasse man es genug sein des grausamen Spiels.

Vom Büchertisch.

Revolutionshoffnung! Von Julian Borchardt. Preis 10 Pfg. Verlag der Lichtstrahlen. — Borchardt sucht hier den Nachweis zu bringen, daß die deutsche Arbeiterschaft zu keiner Revolution fähig wäre und daher die Hoffnung der Entente falsch sei.

»Die »Graphische Feldpost«, Greiff-Verlag, Preis monatlich 1 Heft 20 Pfg., stellt sich die Aufgabe, die durch den Krieg beschäftigten Handwerker und Künstler des vielteiligen Buchgewerbes zu be-

raten, ihnen zu helfen, Aufträge zu vermitteln und, wenn möglich, durch Besserung der Lebenslage, ihnen ihre Kriegsrente abzulösen. — Es ist ein weites Feld der Betätigung, das sich die kleine Zeitschrift nebenher gestellt hat. Wir kennen nicht die Mittel und die organisierte Kraft, die hinter dem »Greiff-Verlag, Grünau-Mark«, steht. Was in der »Graphischen Feldpost«, die nach dem Kriege in »Graphische Westpost« umgewandelt werden soll, bisher inhaltlich geboten wurde, hat nichts mit diesem Programm zu tun. Es beginnt mit einer Federzeichnung: Kaiser Wilhelm II., dann folgt ein religiöser Aufsatz: Innere Einkehr, ein anderer über Amerikanismus und Kunst, eine gute Erzählung und zwei ebenso gute Gedichte von Karl Wodrig, dazu noch eine Schwarz-Weißzeichnung Christus am Kreuze. Die Zeichnungen sind gut, was sie aber und der übrige Inhalt mit dem angegebenen Programm zu tun haben sollen, wird uns leider nicht verraten. Im selben Verlage erscheint seit längerer Zeit die Zeitschrift: »Feldgrau«, Preis 15 Pfg. Sie verspricht Ernst und Scherz in großer Zeit. Die Zeichnungen sind von guter Wirkung, z. T. in Wilhelm Busch-Manier, auch Gedichte von Cäsar Flaischlen, Wodrig usw. sind sehr gut, ob aber für den übrigen Text sich Bewunderer finden werden, erscheint uns sehr zweifelhaft. Dieser gehäufte Patriotismus ist für das 3. Kriegsjahr etwas reichlich.

»Kriegssammler-Zeitung« Nr. 11, mit Bellage Briefmarken-Anzeiger Nr. 4, bringt alles Wissenswerte im Gebiete des Sammelwesens, wie Bekanntgabe von Neuheiten in Briefmarken, Feldzeitungen, Kriegsplakaten, Kriegsnotegeld, sowie Tauschanzeiger mit verschiedenen Inseraten. Verlag in Wien oder Franz Spieß, Karlsruhe i. B., Zähringerstr. 1.

Krieg und Absolutismus, Friede und Recht. Zwei Parlamentsreden von Seitz und Renner in der Budgetdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 14. und 16. Juni 1917. Preis 30 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI.

Lehrgang zur vollständigen Erlernung der vereinfachten deutschen Stenographie, (Einigungs-System Stolze-Schrey), bearbeitet von Paul Barthel, herausgegeben vom Arbeiter Stenographen-Verein Stolze-Schrey Groß-Berlin. Verlag: Fritz Schülens, Berlin N. Zionskirchstr. 23, 1917, 32 Seiten, Preis 75 Pfg. Die Kurzschrift hat sich im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr von einer bloßen Redezeichenkunst zu einer Schrift für den täglichen Gebrauch umgebildet. Je weiter diese Umbildung fortschritt, desto mehr fand die Kurzschrift auch in den breiten Massen des Volkes Eingang und verschiedene neuere Systeme erwarben sich in der Arbeiterschaft eine zahlreiche Gemeinde. Zu diesen Systemen gehört vor allen Dingen das Einigungs-System Stolze-Schrey, dessen Pflege und Verbreitung sich der Arbeiter-Stenographen-Verein zur Aufgabe gemacht hat. Die Mitgliedschaft Groß-Berlin ist jetzt zur Herausgabe des vorliegenden neuen Lehrbuches übergegangen. Die Anordnung des Stoffes, die Fassung der Regeln und die Auswahl der stenographischen Beispiele verraten den erfahrenen stenographischen Theoretiker und Praktiker und den geschulten Stenographielehrer, der auf eine langjährige Unterrichtstätigkeit zurückblicken kann. Das Buch verfolgt den Grundsatz, vom Leichteren zum Schweren zu gehen und macht dadurch das Erlernen der Kurzschrift zu einer bis zur letzten Aufgabe fesselnden und ständig neu anregenden Beschäftigung.

»Wer trägt die Schuld am Kriege?« Diese Frage hat der Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungsyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw. Die Broschüre ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1 Mk.

Stellenangebote

Tüchtiger Farbatzer
und
Handpressendruker
für Bunt- und Schwarzabzüge zum sofortigen Antritt gesucht.
Gebr. Dietrich, Leipzig,
Josephinenstraße.

Autoätzer
und
Strichätzer

tüchtige erfahrene Kräfte werden in dauernde Stellung gesucht.
Angebote mit Zeugnissen und Ansprüchen an
Zerreiss & Co., Nürnberg.

Tüchtige Kartolithographen
in dauernde Stellung gesucht.
Ed. Gaebiers Geogr. Institut,
Leipzig.

Reproduktions-Photograph
der selbständig mit Emulsion gute Raster-Aufnahmen machen kann in dauernde Stellung gesucht.
Geil. Angebote an
A. Gässler & Co., München,
Schellingstr. 41.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunsthochschule
Barmen

Chiffre-Inserate
finden keine Aufnahme.

Verschiedenes

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.
Festschrift von Fritz Hansen.
Verlag: Conr. Müller, Schkeuditz.
Preis 55 Pfg. (portofrei).
Bei 10 Stück ein Freilexemplar.

Der praktische Umdruker.
Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pfg.
Conrad Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Achtung! Gau 9!
Wegen Sanatoriums-Aufenthalt unseres Gau-Vorsitzenden sind bis auf weiteres alle Zuschriften für Gau 9, an den Kollegen
Ludwig Schweinfurt,
Karlsruhe, Markgrafenstr. 26.
zu richten.

Achtung!
Bitte um gefällige Mitteilung der Adresse oder des Aufenthaltes meines Vaters, des Licht- und Steindruckers
A. J. Mundt.
Im Voraus besten Dank,
Joh. Ludwig Müller,
Wahn bei Köln, Schießplatz 177.